Gliederung:

1. Einleitung
2. Die Kandidaten
2.1. Hindenburg
2.2. Seine Konkurrenten
3. Die Amtsverlängegrung
4. Der Wahlkampf
4.1. Die DNVP
4.2. Das Zentrum
4.3. Die SPD
4.4. Die NSDAP
4.5. Die KPD
4.6. Frontenbildungen
5. Ergebnisse
6. Schlußbetrachtung

1. Einleitung

Die unheilvolle Rolle von Personen wie Hindenburg, Brüning, Hugenberg und Hitler, aber auch die demokratiewidrigen Reform- und Restaurations-pläne um den Reichspräsidenten zeigen Aspekte auf, die mit verant-wortlich für die Machtergreifung Hitlers gemacht werden können. Ausgehend von der Person Hindenburgs soll versucht werden, die Positionen der Parteien und anderen Gruppen und deren damit verbundenen Schwierigkeiten, besonders im Vorfeld der Reichspräsi-dentenwahlen 1932, darzustellen und ansatzweise zu charakterisieren.

2. Die Kandidaten

2.1. Hindenburg

Das Alte und Überholte, hinübergerettet in eine neue Zeit, ein Relikt, das aber für die erste deutsche Republik als Identifikationsfigur nicht zu unter- schätzen ist, Paul von Hindenburg, Generalfeldmarschall im I. Weltkrieg, glorreicher Sieger der Schlacht bei Tannenberg und dem Kaiser treu ergeben, auch nach seiner Abdankung 1918, wurde in der Weimarer Republik zweimal zum Reichspräsidenten gewählt.
Der am 04. 10. 1847 in Ostpreußen Geborene schlug, wie es der Familientradition entsprach, eine militärische Laufbahn ein, war Zeuge

der 2. Reichsgründung durch Bismarck und bat 1911 als 64- jähriger um seinen Abschied, da „ keine Aussicht auf Krieg“ bestand.Der Ruhestand „ gab mir seit dem Jahre 1911 die Möglichkeit, mich den politischen Vorgängen in der Welt mit Muße zu widmen.“Diese Aussage von Hindenburg zeigte, daß er nicht mehr mit großen Wendungen in seinem Leben rechnete, beim Ausbruch des I. Weltkrieges hoffte er dennoch wieder zum „Einsatz“ zu kommen, und dieser machte ihn dann auch zum

„ Helden der Nation.“ Seine Verantwortung für den verlorenen Krieg wurde ihm nicht persönlich angelastet, sie ging im allgemeinen Chaos der Novemberrevolution unter. Die folgenden Friedensverhandlungen wurden von der neu gebildeten Regierung geführt und so trat er, Zeuge der Dolchstoßlegende, denn auch in den ersten Jahren der Weimarer Republik politisch in den Hintergrund, nahm nicht am Kapp- Putsch 1920 und am Hitler- Ludendorff- Putsch 1923 teil. So konnte er 1925 als Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen, unterstützt von den konservativen und rechten Parteien, aufgestellt werden, nachdem im 1. Wahlgang keiner der Kandidaten als Sieger hervorgegangen war. In einer Rundfunkansprache äußerte er sich über seine Kandidatur: „... Ich folge diesem Ruf nach ernster Überlegung in Treue zum Vaterland“,was deutlich macht, wie sehr er mit den „ alten Werten“ verwurzelt war. Sein Verantwortungs-bewußtsein gegenüber einem Staat prägte auch sein weiteres Handeln. Er konnte die Wahl mit einer relativen Mehrheit von 48,3 % für sich entscheiden, wobei die Frage offen bleibt, inwieweit es als verant-wortungsbewußt gelten kann einen 77- jährigen zum Reichspräsidenten zu küren. Nach der Wahl zeigte sich bald, daß die befürchtete Rechtswendung ausblieb. Unter seine Präsidentschaft fielen z.B. der Rücktritt des Chefs der Heeresleitung Seeckt und der Young-Plan, aber auch der Flaggen- Streit, wobei die Befürworter der monarchistischen „Reliquie“ sich durchsetzen konnten. Viele, die in ihm einen Monarchisten als Präsidenten sahen, was er auch war, schienen

doch von seiner Persönlichkeit beeindruckt zu sein, so auch Stresemann, der Hindenburg als einen Mann beschrieb, der eine schnelle Auffassungsgabe besaß, der den elementaren Wesensgehalt eines Problems zu erkennen vermochte und über ein erstaunlich gutes (für sein Alter ?) Gedächtnis verfügte. Hindenburg war vorsichtig im Eingehen neuer Verbindungen, mißtrauisch und vertraute nur wenigen Menschen seiner nächsten Umgebung, die aber einen großen Einfluß auf ihn ausüben konnten und es

auch taten. Dazu zählten vor allem sein Sohn Oskar von Hindenburg, der Staatssekretär Otto Meißner, welcher diese Funktion schon unter Ebert inne hatte und Kurt von Schleicher, dem er fast bedingungslos vertraute.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit verzichtete Hindenburg darauf den „ Mädchen für alles“ Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung anzu-wenden. Noch dem Reichskanzler Müller gegenüber weigerte er sich den Artikel 48 zu gebrauchen, was aber nicht bedeuten muß, daß Hindenburg 1929/30 generell dessen Anwendung ablehnte. Möglicherweise beruhte diese Entscheidung auf persönlichen Motiven, Müller war halt „... doch nur einen Sozialdemokrat...“Bei Brüning waren solche Vorbehalte nicht gegeben. Da im Reichstag keine regierungsfähigen Mehrheiten zu finden

waren, wurde eine Präsidialregierung unter Brüning etabliert, die letztlich die Parteien als politischen Faktor ausschalteten.Dieser zum Dauer-zustand gewordener Ausnahmezustand führte zu einer Diktaturge-wöhnung,deren Diktator vorerst der Reichspräsident war. Zwischen Reichskanzler und Reichspräsident mußte auf dieser Basis eine starke Abhängigkeit bestehen. Brüning benötigte für seine Gesetze Hindenburgs Machtbefugnisse als Reichspräsident, während Hindenburg einen Rat-geber als Reichskanzler brauchte, dem er vorerst vertraute.

Während den Brüning- Regierungen schien Hindenburg immer mehr zum Spielball von Intrigen seiner Umgebung zu werden. Seine Beeinfluß-barkeit wuchs noch, das Ziel, die Bildung einer rechten Regierung, wurde immer stärker verfolgt, und Brünings Aufgabe war es

nun einen Kompromiß schließen zu müssen, der sich letztlich gegen ihn selbst als Zentrumspolitiker richtete. Hindenburg, unberechenbar, eigenwillig und stur vertrat seine Positionen (oder die seiner Umgebung?), wie Beispiele im Vorfeld seiner zweiten Amtsperiode als Reichspräsident zeigten.

2.2. Seine Konkurrenten

Hitler, Führer der NSDAP, war als Kandidat für das Reichsprä-sidentenamt, wenn überhaupt, der größte Konkurrent Hindenburgs, der sich, nach dem sprunghaften Anstieg der NSDAP bei den Reichs-tagswahlen 1930, Hoffnung auf dieses Amt machen konnte. Das akute Problem der Einbürgerung, des vorher staatenlosen Hitlers, konnte kurz vorher zu seiner Zufriedenheit in Braunschweig gelöst werden. In den Jahren zuvor hatte sich die Partei eine breite Massenbasis schaffen können. Sie verstand es, ein Bild der Geschlossenheit zu vermitteln,

Macht und Stärke z.B. durch Paraden der SA zu demonstrieren oder auch die Menschen u.a. durch das Redetalent Hitlers, gefühlsmäßig anzu-sprechen. Hitler vermittelte den Eindruck einer starken Führungs-persönlichkeit, wurde zu einer Identifikationsfigur besonders für die Jüngeren, welche Dynamik, im Gegensatz zum greisen, lebenden Mythos Hindenburg, versprach.

Der Stahlhelm nominierte T. Duesterberg, nachdem ein gemeinsamer Kandidat der „Harzburger Front“ nicht gefunden wurde. Natürlich anti-republikanisch, monarchistisch und nationalistisch eingestellterweckte seine Kandidatur den Eindruck einer Trotzreaktion, die wohl die Unab-hängigkeit der DNVP unter Hugenberg beweisen sollte. Eine Aussicht auf Erfolg war von Anfang an nicht gegeben, sie konnte lediglich versuchen Stimmen der Rechten aufspalten, was noch

schwieriger wurde, als die NSDAP Duesterberg noch einen jüdischen Großvater vorwerfen konnte.

Der Kandidat der KPD war, wie auch schon 1925, E. Thälmann, der Vorsitzende der Partei. Der Kampf richtete sich vor allem gegen die SPD, die den bisherigen Reichspräsidenten unterstützte. „ Diese Kandidatur eines Arbeiterpolitikers war notwendig zur Sammlung und Ermutigung der Massen für den antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf, der unter Zurückstellung aller zweitrangigen Meinungsverschiedenheiten geschlossen geführt werden muß,..."Der geschlossene Kampf einer geeinten Linken hätte sich aber als schwierig erwiesen, wo doch der erklärte Hauptfeind , die SPD, mit allen Mitteln bekämpft werden mußte.

Hier sei noch die Kandidatur Winters erwähnt, Vertreter der Inflationsgeschädigten, die nichts weiter war als „ eine politische Kuriosität".

3. Die Amtsverlängerung

Schon seit 1931 beschäftigte die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten die verschiedenen Gruppen und Parteien. Mangels eines anderen Kandidaten, der Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, versuchte vor allem die Regierung, insbesondere Brüning eine Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs auf Lebenszeit zu erreichen,für die aber eine Verfassungsänderung nötig gewesen wäre. Um dafür die erforderliche 2/3 Mehrheit im Reichstag zu erhalten, nahm Brüning Gespräche mit dem rechten Parteienlager auf, bereit auch Zugeständnisse zu machen. So schrieb Brüning in seinen Memoiren: „ Auch Hugenberg erklärte ich, daß, wenn die beiden Rechtsparteien der parlamentarischen Amtsverlängerung des Reichspräsidenten zustimmen würden, eine sofortige Heranziehung dieser Rechtsparteien zur Regierung unausbleiblich sein würde."Dies „Parteiensystem, das zwar stabile Sach- und Antikoalitionen zuwege-brachte, aber kaum regierungsfähige

Mehrheitsbündnisse“,zeigte das fortgeschrittene Krankheitsbild eines Staates, deren Verfassung von Anfang an „ ein Produkt der Paradoxien und unerfüllten Möglichkeiten des bürgerlichen Verfassungsstaates Deutschland“,war, die starke Posi-tion des Reichspräsidenten, der den Oberbefehl über die Wehrmacht

(Art.47) hatte, den Staat nach außen völkerrechtlich vertrat(Art.45) und letztlich mit Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung diktatorische Macht ausüben konnte. Mit diesen Vollmachten ausgestattet erinnert dies an die Stellung eines Königs der diesmal nur durch das Volk direkt gewählt wurde. Schon die Wahl Hindenburgs 1925 wirft diese Frage auf. Zeigte diese Wahl nicht schon, daß das Volk eher eine Monarchie als eine Republik, die ihr von außen aufgebürdet wurde, wünschte? Der Indi-katorHindenburg als Ersatzkaiser schien auch für Brüning vorerst eine

Alternative auf dem Weg zur Restauration einer Monarchie nach englischem Vorbild zu sein.

Das Ziel, daß Hindenburg als Reichsverweser für einen „ Kaiserenkel“ fungieren sollte, scheiterte aber zum einen an dem Haus Hohenzollern selbst, wo Wilhelm II. und auch der Kronprinz Anspruch erhoben als Monarch nach Deutschland zurückzukehren, trotz ihrer Abdankungen vom 28. bzw.30. November 1918. Zum anderen war Hindenburg überhaupt nicht gewillt als Platzhalter zu gelten, lediglich eine Wiedereinsetzung des Kaisers war für ihn vorstellbar.

Zusätzlich unterschätzte Brüning die Abneigung im Reichstag gegen solch ein Vorhaben und auch in den Parteien, die zwar die Wiedererrichtung einer Monarchie in ihrem Programm aufgenommen hatten, aber ein wirkliches Interesse zweifelhaft war. Auch in der Reichswehr soll das

„ Ja“ für eine Monarchie nicht gegeben gewesen sein.Dann stellt sich die Frage: Vertraten die Parteien wirklich Teile des Volkes?

4. Der Wahlkampf

4.1. Die DNVP

Das Bestreben der DNVP, insbesondere Hugenbergs, einen Kandidaten der „ nationalen Opposition“ aufzustellen und dabei eine entscheidene Rolle spielen zu können, mißlang. Gegenüber Hitler und der NSDAP verlor er an Einfluß, das Treffen der „ Harzburger Front “ hinterließ nur Streitigkeiten unter den Rechten.Nachdem für Hugenberg eine Präsidentschaftskandidatur Hitlers nicht von ihm unterstützt wurde, Kompromißvorschläge seinerseits bei der anderen Seite keinen Anklang fandenund er sich auch nicht zu einer Unterstützung Hindenburgs durchringen konnte, erklärten er und der Stahlhelm am 23.2.1932 die Kandidatur Duesterbergs. Die vorhergehenden Verhandlungen über eine eventuelle Unterstützung Hindenburgs, die Hugenberg taktisch und „...mit List und Hartnäckigkeit auszubeuten trachtete“, mit der Regierung , knüpfte die DNVP (oder Hugenberg) an bestimmte Bedingungen, die z.B. nach der Wiederwahl eine Regierungsunterstützung durch die SPD ausschlossen und die Notwendigkeit der Bildung eines Rechtskabinetts , das ohne Brüning als Außenminister auskommen müßte.

4.2. Das Zentrum

Das Zentrum war geprägt durch die Figur des Reichskanzlers Brüning, so daß ihre Politik als identisch mit der Brünings betrachtet werden kann, für die eine Kandidatur Hindenburgs die einzige Möglichkeit war, eine Diktatur der NSDAP zu verhindern, und so trat Brüning für Hindenburg als einer der engagiertesten Wahlkämpfer auf. Bemüht Hindenburg zu einer erneuten Kandidatur zu bewegen und ihm zu einem sicheren Wahlsieg zu verhelfen, führte er zuerst Gespräche mit der rechten Seite des Reichstages, welche sich als kompliziert und langwierig erwiesen, da keine der rechten Parteien, ohne Rücksprache mit den anderen bindende Entscheidungen treffen wollte.

Vorerst war es Brünings Aufgabe, Hindenburg von der Notwendigkeit seiner erneuten Kandidatur zu überzeugen, die der Reichspräsident von einer überparteilichen Nominierung abhängig machte. Um dies zu erreichen wurden am 1.2. 32 „ Hindenburgausschüsse“ gebildet, deren Vorsitzender der Berliner Oberbürgermeister Sahm war. Die Sammlung von 3 Millionen Unterschriften überzeugten Hindenburg dann doch, so daß am 16.2.32 seine Kandidatur publik gemacht werden konnte. In seiner Erklärung vom 16.2. zeigte sich erneut, wie stark sein Verant-wortungsbewußtsein war: „ Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an

mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereiterklärung eine Pflicht erblicken.“ Unterstrichen wird dies durch eine Aussage in einem Brief an Fr. v. Berg: „ Aber ich gehe lieber den Passionsweg persönlicher Angriffe gegen mich und Herabsetzung meines Namens, als daß ich Deutschland sehenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten lasse.“Die Kandidatur Duesterbergs löste in ihm Enttäuschung und Verbitterung aus, war er doch Ehrenpräsident des Stahlhelms,dagegen wurde er vom Zentrum, der BVP, SPD und Reichsbanner, der Staatspartei und DVP, Parteien und Organisationen, die 1925 größtenteils gegen ihn stimmten, unterstützt. Hindenburg mußte sich dagegen wehren, als Kandidat der Linken und der Mitte zu gelten, aber in den Wahlkampf griff er nur einmal ein. In einer Rundfunkrede vom 10.3. bestritt er „ seine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer schwarz- roten Koalition entgegengenommen zu haben.“ Daß sich auch Juden für ihn öffentlich ausgesprochen hatten, machte die Sache nicht leichter.

In einem Aufruf des Parteivorstandes der Zentrumspartei wird Hindenburg als eine „ Persönlichkeit, die über dem trennenden und verhetzenden Kampf parteiischen Geistes steht, die in ihrer Größe und Unantastbarkeit nicht Gefolgsmann und Diener einzelner politischer Gruppen ist, sondern Führer und Repräsentant der Volksgesamtheit.“ beschrieben.

Auf einer der letzten Wahlveranstaltungen Brünings im Berliner Sportpalast am 11.3. wird der Reichspräsident zu den „ wirklichen Führern, den von Gott gesandten Männern“ gezählt. Er war das „ Symbol

deutscher Kraft und Einheit in der ganzen Welt.“ Wie schwierig mußte es doch sein, einen Mann, der von der Vergangenheit lebte für die Zu- kunft aktaktiv zu machen, was in diesem Wahlkampf aber keine Rolle gespielt zu haben schien.

4.3. Die SPD

Sie war der wichtigste Faktor, ohne deren Unterstützung Hindenburg in dieser Form nicht zum Reichspräsidenten gewählt worden wäre. Möglicherweise hätte die „nationale Opposition“ sich noch auf ihn einigen können, vielleicht wäre er erst im 2. Wahlgang als Kandidat aufgestellt worden. So läßt sich sagen, daß die SPD entscheidend mit zur Machtergreifung Hitlers beigetragen hat, ob sie die Machtergreifung hätte verhindern können bleibt fraglich. Mit der Unterstützung der SPD konnte Brüning von Anfang an rechnen, die sich damit den Vorwurf als „Verräter der Republik“ dargestellt zu werden, widersetzen mußte, stimmte sie doch 1925 gegen Hindenburg. Jetzt wurde er aber als das „ geringer Übel“ zum
Retter der Republik. Für die KPD galt die SPD „ als der gemäßigte Flügel des Faschismus“ und „ Zwillingsbruder des Hitlerfaschismus“.
Der aktivste Wahlkämpfer für Hindenburg war wohl Otto Braun, der preußische Ministerpräsident, der in Hindenburg z.B. die „ Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreue und hingebender Pflichterfüllung für das Volksganze“ sah.

4.4. Die NSDAP

Am 22.2.1932 gab Goebbels die Kandidatur Hitlers für das Reichspräsidentenamt bekannt, wobei zu diesem Zeitpunkt Hitler noch nicht Bürger des Reiches war, dessen Einbürgerung erst 3 Tage später erfolgte.Das Hauptziel im Wahlkampf war in erster Linie Hindenburg selbst, der sich , durch die SPD unterstützt, gegen das Image ein Kandidat der Linken zu sein, wehren mußte. Auch habe er die nationale Sache und seine Wähler von 1925 im Stich gelassen und das „Sprichwort“: “ Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer Du bist“konnte gut für die propagandistischen Zwecke der NSDAP verwendet werden. Natürlich bot der Wahlkampf auch reichlich Gelegenheit die Regierung scharf anzugreifen. So warf Goebbels ihr „ terroristische Nichtachtung der parlamentarischen Machtverhältnisse“ vor, bezugnehmend auf die Reichstagswahlen 1930. Der offizielle Wahlaufruf vom 1.3. richtete sich gegen „ die namenlose Bonzenwirtschaft der volksverräterischen SPD“, die „ unerhörte Mißwirtschaft der schwarz- roten Novemberparteien“, das „ volksfremde Zentrum, die „ jüdische Pseudodemokratie,..“
Viele evangelische Wähler entschieden sich für Hitler, sahen in ihm den Retter in der Not und als einen von Gott Gesandten.
Vor dem 2. Wahlgang überraschte die Partei mit dem „ Deutschland-Flug“, der Hitler Gelegenheit bot auf vielen Versammlungen in relativ kurzer Zeit präsent zu sein.

4.5. Die KPD

Ihr Wahlkampf verlief in den traditionellen Bahnen, die Feinde bzw. Gegner blieben dieselben. Mit der Parole „ Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ konnte sie lediglich versuchen, einige Stimmen der SPD- Wähler oder der Erstwähler zu gewinnen. Durch den primären Hauptfeind SPD war von vornherein ein gemeinsamer Kandidat des linken Lagers unmöglich gewesen, die

hochgesteckten Ziele, die in der Generallinie aufgezeigt wurden, mangelte es an der praktischen Umsetzung, deren vorrangiges Problem:„ die großen
politischen Ziele und Hauptaufgaben der Partei mit den täglichen Sorgen und den Alltagskampf der Massen,...“ war.Für den Wahlkampf versuchten sie Arbeitslose mit einzubeziehen, die Propaganda/ Agitation auf bestimmte Gruppen und Schichten zu richten und sich ihren Problemen speziell zu widmen bzw. aufzugreifen.Schließlich konnte Thälmann am 13.3. zwar einen Zuwachs gegenüber 1925 erzielen, blieb aber dennoch hinter den Erwartungen zurück.

4.6. Frontenbildungen

Im Vorfeld der Reichspräsidentenwahlen formierten sich im wesentlichen zwei Fronten. Initiator der gegen die Brüning- Regierung und gegen die Weimarer Republik gerichteten „Harzburger Front“ war der Vorsitzende der DNVP Hugenberg, welcher für sich möglicherweise innerhalb der „nationalen Opposition“ eine bessere Stellung erzielen wollte. Am Treffen in Bad Harzburg nahmen am 11.10.1931 neben der DNVP auch der Stahlhelm, die NSDAP und die Vereinigten Vaterländischen Verbände teil. Danach war Hugenbergs Position gegenüber Hitler noch schwächer, der nicht daran dachte „ sich von dem alldeutschen Geheimrat die Führung der nationalen Front aus der Hand nehmen zu lassen.“ Die Mitglieder konnten sich über einen gemeinsamen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl nicht verständigen, die Gespräche Brünings mit den einzelnen Vertretern der Front verunsicherte diese noch mehr, so daß schließlich die gemäßigten Rechten sich für Hindenburg oder später auch für Duesterberg, den Kandidaten des neugebildeten „ schwarzweißroten Kampfblocks“, entschieden.
Das Pendant zur „ Harzburger Front“ bildete die „Eiserne Front“, die sich unter der Führung der SPD formierte. Sie setzte sich aus dem

Reichs-banner, einer 1924 gegründeten Organisation von SPD, Zentrum und DDP, den Gewerkschaften(Hammerschaften) und Arbeiterorganisationen
zusammen,deren Mitglieder vorwiegend aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft kamen. Nur wenige, z.B. aus den Hirsch- Dunckerschen Gewerkschaftsvereinen, konnten für diese Front gewonnen werden, während die christlichen Gewerkschaften im März 1932 die Volksfront gründeten. Von beiden wurde die Wahl Hindenburgs befürwortet, von christlicher Seite stark propagiert und von den freien Gewerkschaften als notwendiges Übel akzeptiert.
Die Einheitsfront zwischen SPD und KPD existierte nur als Fiktion, „...die SPD“, war, „ ...ebensowenig wie die KPD an einer Zusammenarbeit der beiden Parteien interessiert ... und Einheitsfont-Angebote an die KPD“ waren „ nicht ernst gemeint.“

5. Ergebnisse

Die Wahl am 13.03. 1932 brachte für keinen Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit. Ein 2. Wahlgang wurde nötig, da Hindenburg das Ziel knapp mit 49,6% der Stimmen verfehlte, während Hitler „ nur“ 30,6% auf sich vereinen konnte. Duesterberg(6,8%) und Winter(0,3%) stellten sich für den 2. Wahlgang nicht mehr zur Verfügung, für Thälmann entschieden sich 13,2% der Wähler. Zu seiner Enttäuschung schnitt Hindenburg in den Gebieten, wo er glaubte einen guten Rückhalt zu haben, am schlechtesten ab. Analysen zeigen, das die NSDAP viele Stimmen aus dem evangelisch- bürgerlichen Lager und von Jungwählern, die auch oft für die Kom-munisten stimmten, erhielten.
Von einem Wahlkampf, vor dem 2. Wahlgang am 10.04., kann kaum gesprochen werden, da Hindenburg einen Osterburgfrieden verfügte, d.h. zwischen dem 20.3 - 3.4 durften keine politischen Versammlungen, Plakat- und Flugblattaktionen stattfinden. Bestrebungen um eine

Kandidatur des Kronprinzen, die von Schleicher zum Zweck einer Abwehr einer Hitlerdiktatur gedacht waren, blockierte der Kronprinz selbst, indem er sich öffentlich für Hitler aussprach, wie auch der Reichslandbund und die Vereinigten Vaterländischen Verbände, während der Stahlhelm keine Wahlempfehlung gab.
Am 10.4. wurde Hindenburg dann erneut zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik, mit 53% der Stimmen, gewählt. Hitler konnte sich auf 36,8% steigern, während Thälmanns Stimmenanteil auf 10,2% sank.
Der Sieg Hindenburgs wurde von Ernst Heilmann, Fraktionsvorsitzender der SPD im preußischen Landtag, wie folgt kommentiert: „ Hindenburg, mit einem Vorsprung von 6 Millionen Stimmen vor Hitler, mit einer absoluten Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt, ist trotz aller Einrede ein großer Sieg der Partei, ein Triumph der Demokratie.“

6. Schlußbetrachtung

„ ...Triumph der Demokratie“- Triumph: Hitler wurde noch einmal verhindert, indem Hindenburg erneut Präsident eines Staates wurde mit dem er sich nie identifizierte, der „ ... politische Parteien für nicht gerade nötige Einrichtungen ...“hielt und schließlich mit ihnen mehr oder weniger an der Spitze des Staates auskommen mußte.
Demokratie: Nicht in der Weise, daß das Volk schon 1925 die Republik mit ihrem Parteiensystem abwählte, indem es sich für Hindenburg als Reichspräsidenten entschied? Und wenn ja, warum war dann noch soviel Zeit nötig, ehe die Weimarer Republik tatsächlich überwunden wurde?
„ War es das Versagen der rechtlichen Sicherungen oder die Schwäche des Verfassungssinn der Bürger?“
In den Reichspräsidentenwahlen 1932 schienen die Parteien nochmals eine wichtige Funktion übernommen zu haben, sie versuchten eine Polarisation, die schließlich wieder zu einer erneuten Entscheidungsfrage in bezug auf Weimar werden sollte. Hindenburg oder Hitler? Weimar- ja

oder nein? Dabei war es paradox Hindenburg zum Symbol der Republik zu stilisieren, der trotz allem ein Monarchist geblieben war und dem, wie auch dem Volk, das Verständnis für einen republikanischen Staat fehlte.

Literaturverzeichnis:

Quellen:

- Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933, Düsseldorf 1881.
- Akten der Reichskanzlei.Die Kabinette Brüning II, Boppard 1982.
- Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning,eingeleitet von Schulz, G., bearbeitet von Maurer,I. und U. Wengst, Bd.2,Düsseldorf 1980.
- Ursachen und Folgen.Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Hrsg. und bearbeitet von Michaelis, H. und E. Schraepler, Berlin 1958 ff., Bd.VIII.

Sekundärliteratur:

- Benz, W./ H. Graml, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
- Bracher,Politische Institutionen in Krisenzeiten, in: ZfG 1(1985),S.1-28.
- ders., Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt/ Main/ Berlin/ Wien 1979.
- ders., Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1984
- ders./ Funke, M. und H.-A. Jacobsen(Hrsg.), Die Weimarer Republik 1919-1933. Politik- Wirtschaft- Gesellschaft, Bd. 251 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Bonn 1990.

- Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970. Frankfurt/ Main/ Berlin/ Wien 1979.
- Deutsche Verfassungsgeschichte 1849-1919-1949; Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Bonn 1994.
- Dorpalen, A.,Hindenburg and the Weimar Republic, Princeton 1964.
- ders., SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: ZfG 1(1983), S.77-107.
- Eschenburg, T., Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik: Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher, in: VfZ 9 (1961), S. 1-29.
- Falter, J., Hitlers Wähler, München 1991, S.69.
- Hofmann, R., Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegen wart, München 1993.
- Kolb, E., Die Weimarer Republik, Göttingen 1988, S. 109.
- Maser, W., Hindenburg. Eine politische Biographie, Frankfurt/M.-Berlin 1992.
- Matthias, E., Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932, in: VfZ 8 (1960), S. 75-84, S.80.
- Mommsen, H., Die verspielte Freiheit. Der Weg der republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Frankfurt/ Main 1989.
- Mosse,W. E.(Hrsg.),Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966.
- Nowak, K., Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus 1918-1933, Göttingen 1981.
- Ruge,W., Hindenburg. Portrait eines Militaristen, Berlin 1974, S. 339.
- ders., Weimar. Republik auf Zeit, Berlin 1980.

- Schneider, M., Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung
in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989.
- Schulz, G.,Zwischen Demokratie und Diktatur. Von Brüning zu Hitler, Berlin/ New York 1992.
- Schulze, H., Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982.
- Stürmer, M.,(Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königsstein/Ts 1985.
- Winkler,H.A., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiter-bewegung in der Weimarer Republik 1930- 1933, Berlin/ Bonn 1987.
- ders., Weimar 1918-1933, München 1993.

Ersatzkaiser Hindenburg
2.2. Verlängerung der Amtszeit
3. Der Wahlkampf
3.1 DNVP
3.2. Zentrum
3.3. SPD
3.4. NSDAP
3.5. KPD
3.6. Frontenbildungen
4. Ergebnisse
5. Schlußbetrachtung

Literaturverzteichnis:

1. Quellen:

- Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Brüning I und II, Boppard 1982.
- Die Generallinie, Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929 - 1933. eingeleitet von H. Weber, Düsseldorf 1981.
- Politik und Wirtschaft in der Krise 1930 - 1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von I. Maurer/ U. Wengst, 2 Bände, Düsseldorf 1980.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. und bearbeitet von H. Michaelis und E. Schraepler, Berlin 1958 ff.
- Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Brüning II, Boppard 1982.

2. Sekundärliteratur

- Bracher, K.D., Die Auflösung der Weimarer Republik,
- ders.,

Bracher, K.D./ M. Funke und H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft. Bd. 251 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische bildung, Bonn1988.

-